JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

KORRESPONDENTEN IN ALLEN JÜDISCHEN ZENTREN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

REDAKTION UND VERLAG: OSCAR GRÜN

TELEGRAMM-ADRESSE: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51



Nummer 12 | 6. Februar 1919 | ו' אדר א' תרע"ט | Preis 25 Cts.

Abdruck gegen Quellenangabe

Zionistische Forderung einer britischen Verwaltung für Palästina.

Das Kopenhagener Zionistische Büro berichtet:

Ueber die Unterredung des Dr. Wise mit englischen Politikern wird noch folgendes bekannt:

Als Erwiderung auf eine Frage, die die Erklärung Mr. Balfours hinsichtlich der jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina betraf, sagte Dr. *Wise*: „Mr. Balfours Erklärung besteht und bleibt bestehen. Sie stellt, wie ich weiss, die Haltung der britischen Regierung gegenüber dem jüdischen Volke dar. Ueberdies wäre eine britische *Schutzherrschaft* über ein jüdisches Palästina eine so selbstlose Handlung seitens Gross-Britanniens, dass sie alle Verleumder Britanniens, die so gern vom „britischen Imperialismus" sprechen, zum Schweigen brächte.

Man soll und wird wahrscheinlich Groß-Britannien ein Mandat für die Schutzherrschaft über Palästina übertragen, eine Schutzherrschaft, die Groß-Britannien, wie ich Grund habe vorauszusetzen, ohne die Einwilligung der interessierten Völker wie des unseren nicht annehmen wird. Groß-Britannien wird auf Grund einer Aufforderung oder eines Mandates der Liga der Nationen, als Schutzherr über Palästina eingesetzt werden, und dem jüdischen Volke, sowie dem jüdischen Gemeinwesen, das wir in Kürze zu verwirklichen hoffen, wird das zum Besten gereichen. Schließlich ist es kein Geheimnis, daß Präsident Wilson, Colonel House und Mr. Lansing seit langem mit freundlichem Interesse die Entwicklung der zionistischen Bewegung verfolgt haben."

Ueber eine Unterredung mit M. Tardieu, dem französischen Bevollmächtigten in den Vereinigten Staaten wegen Frankreichs evtl. Zustimmung zu der englischen Schutzherrschaft äusserte sich Dr. Wise folgendermassen:

„Es ist sicher, daß es in allen Fragen vor der Friedenskonferenz zu einem Uebereinkommen zwischen Frankreich, Groß-Britannien, Amerika und Italien kommen wird. Es darf sicher vorausgesetzt werden, daß Frankreich der Entscheidung der Liga der Nationen zustimmen wird, welche das Mandat für Palästina Groß-Britannien erteilen wird, ebenso wie Britannien und Amerika Frankreich darin unterstützen werden, Mandatar über das benachbarte Syrien zu werden."

Ueber die Möglichkeit von Grenzschwierigkeiten im nahen Osten befragt, sagte Dr. Wise: „Wenn Frankreich und Groß-Britannien, wie erwartet werden darf, als Befreundete und Alliierte handeln, und sich nicht auf fragwürdige Verträge stützen, sondern auf den Geist, der die ganze Konferenz beherrschen sollte, wird es derartiges nicht geben."

Balfour und Lord Cecil für die jüdischen Forderungen.

Stephen Wise, der Vizepräsident der amerikanischen zionistischen Organisation hat, bei einer längeren Unterredung von *Balfour*, dem englischen Aussenminister. die Versicherung erhalten, es sei zu erwarten, dass *die Friedenskonferenz die Erklärung vom 2. November, die nur das Minimum der jüdischen Forderungen enthält, annehmen wird.* Lord *Cecil* versicherte, dass die Konferenz zweifelsohne die jüdischen Forderungen befriedigen wird.

Haag. Rabbiner Stephen *Wise* hatte in Paris eine längere Konferenz mit Oberst *House* betreffs der zionistischen Forderungen. Dem Vertreter der Associated Press erklärte Wise, dass die Zionisten auf vollständige Unterstützung ihrer Forderungen durch Amerika rechnen können. *Wilson*, *Lansing* und auch Oberst *House* werden sich um die Erfüllung der zionistischen Wünsche kümmern.

Rabbiner Wise, ein intimer Freund Wilsons.

Der „Matin" vom 13. v. M. bringt eine Schilderung Wilsons aus der Feder des Rabbiners der freien Synagoge in New-York, Stephen Wise. Diese Schilderung (unter dem Titel „Mein Freund Wilson") wird vom „Matin" mit folgenden Zeilen eingeleitet: „Der Rabbiner Stephen Wise, dem Samstag abends André Tardieu im Namen der Republik das Kreuz der Ehrenlegion überreichte, ist nicht nur der grösste derzeitige Volksredner Amerikas, sondern auch ein persönlicher, intimer Freund des Präsidenten Wilson."

Die „Lösung" der rumänischen Judenfrage.

In Nr. 10 unserer Mitteilungen brachten wir eine redaktionelle Notiz zur angeblichen Lösung der rumänischen Judenfrage, worin wir nachwiesen, dass das neue, von Bratianu erlassene Gesetz, in nichts die Lage der rumänischen Juden verbessere und dass nur *„die en*

bloc-Erklärung aller rumänischen Juden, ohne irgend welche Einschränkung, zu rumänischen Staatsbürgern“ diese so brennende Frage befriedigend und endgültig lösen könne. Es freut uns nun, jetzt darauf hinweisen zu können, dass auch andere berufene und in Betracht kommende Stellen unsere Meinung teilen. So erlässt der „Verein der in der Schweiz niedergelassenen rumänischen Juden“ eine Erklärung ähnlichen Inhaltes. Die rumänischen Juden im Auslande haben bei den wichtigsten Vertretern der Grossmächte die entsprechenden Schritte unternommen, um sie von der ganzen Tragik der rumänischen Judenfrage in Kenntnis zu setzen und ihren Beistand zu verlangen, damit ihre unglücklichen Brüder in Rumänien nicht auch diesmal wie 1878 und 1918 mit bloßen Versprechungen oder *halben Lösungen* bedacht werden. Weder die in den letzten Monaten in Rumänien mit unerhörter Macht wieder aufgenommenen Judenverfolgungen im allgemeinen, noch die Einkerkerungen, Misshandlungen und Einschüchterungsversuche gegen Einzelne haben es vermocht, die Juden Rumäniens von ihrer Forderung nach vollständiger, unverklausulierter und gerechter Lösung ihres Problems abzubringen.

Auch das „Kopenhagener Büro der Zionistischen Organisation“ lehnt die jetzige „Lösung“ ab, wie folgendes Telegramm beweist:

„Das soeben erlassene Emanzipationsdekret ist für die rumänischen Juden unannehmbar, da es in der Praxis vollkommen undurchführbar ist. Das Dekret verpflichtet nämlich jeden Juden, ein Gesuch bei den Gerichtshöfen einzureichen, wobei er Geburt und Nichtzugehörigkeit zu fremden Staaten mit Akten beweisen muss. Die Verpflichtung, die Nichtangehörigkeit zu einem fremden Staate aktenmässig zu beweisen, bedeutet eine Verschlimmerung sogar gegenüber dem kürzlich erlassenen Gesetz Marghilomans. Angesichts der feindseligen Haltung und der Obstruktion, die die rumänischen Behörden und Gerichtshöfe allen jüdischen Naturalisationsgesetzen gegenüber an den Tag legen, ist es klar, dass auch das neue Gesetz, das die Prüfung eines jeden Einzelfalls verlangt und sie in die Hände der Beamtenschaft legt, vollkommen illusorisch bleibt. Sogar bei loyaler Anwendung des neuen Gesetzes würde die Durchführung der jüdischen Emanzipation in Rumänien eine lange Reihe von Jahren erfordern. Die einzige tatsächliche Lösung der rumänischen Judenfrage kann nur durch die Friedenskonferenz erfolgen, die eine en bloc-Erklärung aller rumänischen Juden als gleichberechtigte Staatsbürger beschliessen und die Durchführung des Gesetzes garantieren muss.“

— *Bukarest.* Die wichtigsten Bestimmungen des neu erlassenen Dekrets lauten:

Artikel 1. Die volljährigen Bewohner des Königreiches Rumänien ohne Unterschied der Religion, die sich nicht im Vollbesitze der bürgerlichen Rechte befanden, können diese Rechte erlangen, wenn sie *beweisen,* dass sie im Lande geboren sind, und dass sie sich nie eines fremden Protektorates erfreuten, indem sie die Formalitäten dieses Dekrets erfüllen.

Dispensiert sind diejenigen, die sich in den Jahren 1913 oder 1916—18 im Felde befanden.

Die Frauen und legitimen minderjährigen Kinder, welche zu der oben zitierten Kategorie gehören, werden sich der vollen Rechte der rumänischen Nationalität, gleichzeitig mit ihren Gatten resp. Eltern erfreuen.

Artikel 2. Die Witwen und Kinder, der 1913 oder 1916—18 im Felde Mobilisierten werden rumänische Bürger, indem sie die Formalitäten dieses Dekrets erfüllen.

Die heute noch Minderjährigen können rumänische Bürger werden, wenn sie in dem ihrer Volljährigkeit folgenden Jahre schriftlich erklären, dass sie gewillt sind, für die rumänische Nationalität zu optieren.

Von der Internationalen Sozialistenkonferenz in Bern.

Bei der Besprechung der Fragen des Völkerbundes ergriff der Poale-Zionist *Berl Locker* (Palästina) das Wort um bei dieser Gelegenheit die Forderungen des jüdischen Volkes zu vertreten. Er sagte unter anderem, dass es nicht nur die Aufgabe des Völkerbundes sein könne, neue Kriege zu verhindern, sondern dass er auch die Aufgabe zu lösen habe, die schwächeren, kleinen und unterdrückten Nationen zu schützen, wobei nicht etwa bloß territorial bestimmt begrenzte und organisierte Völker, sondern auch die Völker den Schutz geniessen sollen, die noch keinen national organisierten Staat besitzen. Im Zusammenhang mit dieser Forderung verbreitet sich der Redner über die traurige *Lage der Juden* in verschiedenen östlichen Staaten, wobei er die polnischen Sozialdemokraten beschuldigt, an den Pogromen gegen die Juden teilgenommen zu haben. Die unterdrückten nationalen Minderheiten sollen gleichfalls Völkerbundsmitglieder werden. Das jüdische Volk verlangt volle nationale Autonomie, sowie ein Territorium, damit das Volk sich in einer normalen wirtschaftlichen Struktur entwickeln und alle Tätigkeitsgebiete des menschlichen Lebens, vor allem auch die Landwirtschaft, pflegen kann.

Bern. Der Berichterstatter des „Israelitisches Wochenblatt für die Schweiz“ meldet, dass vorläufig nur *Kossowski* aus Genf als Vertreter des jüd. Bundes in Polen zur Internationalen Sozialistenkonferenz in Bern eingetroffen sei.

Sam Gompers.

Paris. Die Kommission für die internationale *Arbeitsgesetzgebnng* wählte einstimmig *Gompers* zum Präsidenten. (Havas)

Samuel Gompers der jetzt vielgenannte Präsident der „American federation of labour“ ist im Osten Londons als Sohn jüdischer Eltern geboren. Sein Vater ein einfacher Jude, der heute noch als hochbetagter Greis in New-York lebt, wanderte mit seinem Sohne, der damals 13 Jahre alt war, nach Amerika aus und ein Jahr später half schon der kleine Samuel die internationale Union der Zigarrenmacher organisieren. Im Jahre 1881, ein Jahr nach Abhaltung der grossen Konvention, wurde Samuel Gompers von der Arbeiterföderation zum ersten Male und seither wieder alljährlich ohne Ausnahme zum

Präsidenten gewählt. Das in seiner Statur schmächtige Männchen, als welches sich Gompers präsentiert, hat mitgewirkt, den 8 Stundentag für Mechaniker und Arbeiter im Regierungsdienst und ein Maximum von 10 Stunden für Strassenbahner einzuführen. Er unterstützte auch die Regelung von Kinderarbeit und Sweatingkontrolle.

Sam, wie Gompers von seinen Leuten kurz genannt wird, ist im Gegensatz zu dem Salonmenschen Lasalle, ein Mann von ziemlich einfachen Allüren und Gewohnheiten, der, mit der jüdischen Rasse eigenen rastlosen Energie und messianischen Hoffnung auf Erlösung der Menschheit, kein anderes Streben kennt als die radikale Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse. Deshalb gehörte dieser Messias der Arbeiter vor dem Krieg zu den von den Arbeitgebern bestgehassten Männern Amerikas. Bereits vor dem Kriege wurde ihm die Leitung eines eigens im Hinblick auf seine Person zu errichtenden Ministeriums für Arbeiterangelegenheiten angeboten, was er mit der Erklärung ablehnte, dass er die Erfüllung seiner Mission besser als Arbeiterführer gesichert sehe, denn als Minister. Ins Ungemessene, weil weit über die internen amerikanischen Interessen hinausragend, wuchs seine Bedeutung seit der amerikanischen Kriegserklärung. Gompers stellte sich Wilson rückhaltlos zur Verfügung und damit waren 3 Millionen Arbeiter für die Entente gewonnen. Wie wir bereits in Nr. 9 unserer Mitteilungen meldeten, kam Gompers jetzt mit einer dreifachen Aufgabe nach Europa, 1. um den Bolschewismus zu bekämpfen, 2. die internationalen Rechte aller Arbeiter festzustellen und 3. die 14 Punkte Wilsons mit Unterstützung der Arbeiter durchzuführen. Dazu bemerkt der „Philadelphia Ledger": „Gompers Stellungnahme gegenüber dem Bolschewismus, der alles Privateigentum abschaffen und die Menschheit auf die niedrigsten Stufen der Armut zurückführen will, ist besonders wichtig. Seine Botschaft an die Arbeiter, in der er betont, dass der sozialpolitische und industrielle Fortschritt nur auf dem Wege der Evolution und Verbrüderung nicht aber durch Individualisierung und Anarchie möglich ist, wird eine gute Wirkung haben."

Wir unsererseits möchten noch besonders auf diesen illustren jüdischen Genossen, der in seiner Person die dermalen vielleicht grösste Macht sozialer Vereinigung Nordamerikas verkörpert und neben Wilson sicherlich als einer der bedeutendsten Männer der Gegenwart bezeichnet werden kann, mit der ganz bestimmten Absicht hinweisen, um den *Juden Gompers* dem *Juden Trotzki* gegenüberzustellen.

Für die jüdischen Kriegsgefangenen in Italien.

Der in Rom erscheinende „Israel" bringt unter obigem Titel einen längeren Artikel, dem wir das wichtigste entnehmen. In Italien befinden sich einige Tausend jüdische Kriegsgefangene. Italien hat den einzelnen, vom alten Oesterreich unterdrückten Nationalitäten, so Tschechen, Rumänen, Polen und andern, erlaubt, sich in besondern Konzentrierungslagern zu gruppieren. Mit Ausnahme einer geringen plutokratischen Minderheit haben die Juden der alten Oesterreichisch-ungarischen Monarchie nie aufgehört für die Anerkennung ihrer Nationalität zu kämpfen. Heute ist dem jüdischen Volk die Funktion der nationalen Persönlichkeit zuerkannt worden. Das alte Motiv der Polen oder Rumänen mosaischer Konfession ist zerstört. Die jüdischen Kriegsgefangenen wünschen Absonderung. Wenn auch die Juden derzeit weder Regierung noch Territorium besitzen, so haben sie doch die wichtige jüdische Nationalität die, wie Ruffini sagt, ein viel höherer moralischer Faktor ist als irgendwelcher territorialer Besitz, ganz besonders für die italienischen Brüder Mazzinis. Die Juden wurden zum Kampfe wie die Polen, Tschechen und Rumänen gezwungen. Italien hat jetzt die Möglichkeit, die Sympathie dieser idealistischen und unermüdlichen Rasse, die morgen schon an den östlichen Ufern des mittelländischen Meeres stehen wird, um ihr Vaterland aufzubauen und ihre Freiheit zu beschützen, zu gewinnen. Die jüdischen Kriegsgefangenen haben nun während der Zeit ihrer Gefangenschaft Liebe zur italienischen Kultur gefasst, und Interesse für die intellektuellen Werte dieser Erde ist in ihnen erweckt worden.

Als zweiter Faktor kommt dazu, dass die Juden als fähige Kaufleute am besten geeignet sind, die ökonomischen Beziehungen Italiens zu den von diesen Juden bewohnten Ländern zu vertiefen und neue Absatzgebiete zu verschaffen. Die Kenntnisse des italienischen Lebens und das Dankbarkeitsgefühl, das sie in ihre Heimat mitnehmen, wird bei Schaffung der intellektuellen, ökonomischen und geistigen Beziehungen zu Italien ungemein nützlich sein.

Ein Vorschlag zur Lösung der Judenfrage.

In einer uns von Wien übersandten Broschüre (richtiger Flugblatt) wird folgender Vorschlag zur Lösung der Judenfrage gemacht: Die Juden nehmen Palästina als Geschenk der Entente entgegen und bitten England, als den unmittelbaren Eroberer Palästinas, die Herrschaft zu übernehmen und damit Palästina zu einem englischen Dominion, ähnlich wie Indien oder Kanada, zu machen. Gleichzeitig erhalten — und dies wäre bei der bevorstehenden Friedenskonferenz festzusetzen — die Juden der *ganzen Welt* das Recht, sich, ohne ihren bisherigen Wohnort aufgeben zu müssen, innerhalb einer angemessenen Frist auf dem Wege der Immatrikulation, zum *palästinensischen Judenstaat* und damit zur *englischen Staatsangehörigkeit* zu bekennen. Somit würden *die meisten Juden der Welt*, kraft des Friedensvertrages *englische Staatsbürger*. Nur auf diese Weise kann die so komplizierte Judenfrage auch für die in den Galuthländern zurückbleibenden Juden radikal gelöst werden. Diese Lösung sei sowohl für die Juden als auch für England gleich nutzbringend.

Zu den Wahlen zum polnischen Sejm.

— Authentische Meldungen über das Wahlresultat zum polnischen konstituierenden Landtag sind noch immer nicht eingetroffen. Wie es heisst, wollen die Polen die Resultate so lange als möglich verheimlichen.

Allerdings sind auch die misslichen Verkehrsverhältnisse in Betracht zu ziehen. Die „Wiener Morgenpost“ vom 1. Februar berichtet, dass ein Reisender aus Krakau meldet, dort zirkulierten Gerüchte, dass Dr. Thon (zionistische Liste) in allen drei Wahlkreisen Krakau, Tarnow und Warschau gewählt worden sei. In Krakau soll Dr. Thon 13,000 Stimmen erhalten haben.

— Dem „Jüdischen Korrespondenzbüro Zürich“ wird aus Wien gedrahtet: In Krakau wurde von den Zionisten Dr. Osias *Thon*, in Warschau Dr. *Nomberg* und *Hirschhorn* von der Jüdischen Volkspartei und *Grünbaum* von den Zionisten, in Tarnow angeblich der Zionist Dr. J. *Schipper* in den polnischen Sejm gewählt. Polen ist gegenwärtig von jedem Verkehr abgeschnitten. Man erfährt nur, dass angeblich 420 Regierungsmandate und 80 sozialdemokratische Mandate durchgegangen sind. Die Ziffern erscheinen unwahrscheinlich; man muss annehmen, dass die Regierung den wahren Ausgang der Wahlen verheimlicht.

Ueber Berlin wird dem „Jüdischen Korrespondenzbüro Zürich“ berichtet: Die ersten Ergebnisse der Wahlen zur polnischen Konstituante werden jetzt bekannt. Hienach wurden vorläufig 8 Juden gewählt. Die Vertreter der Assimilanten sowie der Agudas Haorthodoxim wurden nicht gewählt. Unter den Gewählten ist der Zionist Rabbiner Dr. Osias *Thon* in Krakau mit 11,000 Stimmen gegen den früheren Abgeordneten Dr. Gross, der nur 2,000 Stimmen erhielt. In Warschau wurde der zionistische Führer Rechtsanwalt *Grünbaum* sowie 2 Volkisten gewählt. In Lodz wurde der Zionist Dr. *Rosenblatt* gewählt.

Die französischen Ansprüche auf Nordpalästina.

Rotterdam. Das Organ des englischen Palästina Komitees meldet: Die Franzosen haben in Galiläa eine Verwaltung eingerichtet, welche trotz des Protestes der englischen Regierung weiter arbeitet.

Es besteht aller Grund zur Annahme, dass Frankreich seine Ansprüche auf Palästina aufrecht erhält; da Frankreich aber kaum hoffen kann, dass es mit seinen Ansprüchen durchdringt, *agitieren französische Agenten in Amerika für eine internationale oder amerikanische Kontrolle in Palästina.*

— Zur Reutermeldung, dass die Regelung der Palästinafrage dem Völkerbunde anheimgestellt werden soll, schreibt der „Frankfurter Jsraelit“: „Diese Nachricht sieht, soweit Palästina in Betracht kommt, fast so aus, als ob England und Amerika einer Auseinandersetzung mit den immer dringlicher auftretenden Ansprüchen Frankreichs auf Nordpalästina, aus dem Wege gehen wollten. Die Franzosen sollen in Galiläa bereits eine eigene französische Verwaltung eingerichtet haben, trotzdem England dagegen Proteste einlegte.

Es bleibt nun abzuwarten, ob Präsident Wilson, von dem der Zionistenführer Weizmann die Zusage eines „ungeteilten Palästina“ für das jüdische Volk erhalten haben will, entschlossen ist, diesen seinen Willen durchzusetzen oder ob man die unbequeme Entscheidung vertagen und auf den künftigen Völkerbund abschieben will. (Ist inzwischen geschehen. „J.P.Z.“)

Vom *religiösen Standpunkt* aus wäre die Stärkung des *französischen* Einflusses in *Nordpalästina,* selbst wenn es sich um blosse kulturelle Vorherrschaft handelt, ein *schweres Unglück,* sodass die Zionisten in diesem Punkte jedenfalls auf die Bundesgenossenschaft der Orthodoxie rechnen dürfen.

Chronik.

Polen.

Warschau. Die hier weilende amerikanische Approvisionierungskommission stattete dem bekannten Orthodoxen *N. Rosenfeld* einen Besuch ab. Bei der Aufnahme waren noch andere Führer der Orthodoxen zugegen. In seiner Begrüssungsansprache betonte Herr Rosenfeld, dass Amerika bei der Approvisionierung sicherlich auch der Juden in Polen gedenken werde. Die Mitglieder der Kommission versicherten, dass das Vertrauen, das die Juden in Amerika setzen, nicht getäuscht werden wird. („Das jüdische Wort.“)

— Die „Wiener Morgenpost“ schreibt: „Die polnischen Juden leben in fortwährender Angst und Schrecken. Es ist also natürlich, daß die Augen aller, auch solcher Juden, die sich nie um Palästina gekümmert haben, sich jetzt der einzigen Hoffnung zuwenden und auf die erste Gelegenheit warten, Polen verlassen zu können, um nach Palästina zu übersiedeln. Der zionistische Gedanke ergreift jetzt fast alle Juden und durch die letzten Vorfälle belehrt, haben auch viele assimilierte Juden, die ihre Zusammengehörigkeit mit dem Judentum schon lange verloren hatten, wieder „kehrt“ gemacht. So werden z. B. in Lodz grosse Vorbereitungen zur Emigration nach Palästina gemacht. Unlängst wurde dort eine Gesellschaft gegründet, der schon über 300 angesehene, reiche Kaufleute angehören — die Einlage eines jeden Mitglieds beträgt wenigstens 25,000 Mk. — um in Palästina Gartenstädte auf genossenschaftlicher Grundlage aufzubauen. Die Gesellschaft steht unter Führung von Dr. Goldblatt und eine gewählte Kommission harrt der ersten Gelegenheit, um eine Besichtigungsreise nach Palästina antreten zu können. Ausserdem hat eine Gruppe Lodzer Großindustrieller im Verein mit Warschauer Fabrikanten einen Verein gegründet, zwecks Schaffung einer mächtigen Industrie in Palästina Auch die jüd. Jugend versucht in verschiedenen neugegründeten Gesellschaften sich für die bevorstehenden Landarbeiten in Palästina vorzubereiten.

Mit einem Worte: Die einzige Hoffnung der polnischen Juden ist und bleibt Palästina, das wiederauferstandene, jüdische Land.

— Der Warschauer Arbeiterrat besteht aus 712 Delegierten. Vertreten sind alle polnischen und jüdischen Parteien. Trotz grossen Meinungsverschiedenheiten kam es dort so lange nicht zu einem Skandale, bis ein Mitglied der polnischen professionellen Vereine eine anti-

semitische Rede, im Stile Dmowskis vom Stapel zu lassen versuchte: „Weshalb lärmen die Juden so sehr, wenn man einige von ihnen getötet hat. Juden haben doch Polen verkauft.“ Dass man ihm die richtige Antwort nicht schuldig blieb versteht sich von selbst. Speziell die Vertreter der Poale-Zionistischen Sektion gaben ihm eine entsprechende Abfertigung. Dies beweist wieder, wie das polnische Proletariat und seine Führer vom polnischen Chauvinismus angesteckt worden sind.

(Der Jüdischer Arbeiter)

Entjudung.

Die „Gazeta Porana“ berichtet: Die Arbeiter aller Abteilungen der Warschau-Petersburger Bahn beschlossen, von den Behörden zu verlangen:

1. als Bahnarbeiter und Beamte im Verkehrsministerium dürfen nur christliche Polen angestellt werden;
2. neue Juden dürfen absolut nicht aufgenommen werden und die jetzt angestellten müssen unverzüglich entfernt werden.

Galizien.

Überfälle auf jüdische Kriegswaisen in Krakau.

Bei einer Sitzung der Krakauer Kultusgemeinde teilte der Vorsitzende Dr. Landau mit, dass 256 Kriegswaisen aus Ostgalizien, die bisher in Nikolsburg geweilt haben, nun nach Krakau gebracht wurden. Man hat sie in einem Schulgebäude in Podgórze, das von der polnischen Liquidations-Kommission zur Verfügung gestellt worden war, einquartiert. Mit Essen versorgt sie die jüdische Volksküche. Das holländisch-amerikanische Hilfskomitee in Kopenhagen hat durch die Alliance in Wien, für die Waisen 100 000 Kr. überwiesen.

Leider ist es in den letzten Tagen zu unerquicklichen Vorfällen gekommen. Christliche Frauen haben sich zusammengerottet und stürmisch dagegen demonstriert, dass man jüdische Kinder in einer Schule einquartiert, dazu noch, wo sich ein Kloster in der nächsten Nähe befindet. Gassenjungen haben die Scheiben eingeschlagen und einmal sind auch junge Burschen, darunter auch *Studenten* ins Gebäude eingedrungen, *die die unglücklichen Kinder blutig geschlagen* und dadurch eine grosse Panik hervorriefen. Man musste die Polizei um Hilfe angehen und auch jetzt muss noch immer eine grössere Polizeiwache vor dem Hause stehen. Es ist selbstverständlich dadurch unmöglich geworden, die Kinder dort weiter zu belassen. Man wandte sich an die polnische Liquidations-Kommission, die mit Rücksicht auf die unerquickliche Situation ein Schulgebäude in *Krakau* für die Kinder überwiesen hat, das sich im jüdischen Viertel befindet und bisher als Kaserne diente.

Dr. Landau teilt auch mit, dass in *Ungarisch Hradisch* 150 galizische jüdische Kriegswaisen sich befinden, deren Evakuierung nach Krakau die dortigen Behörden fordern. Auch in Wien befinden sich 615 Waisenkinder, die Wien am raschesten loswerden möchte. Letztens weilten in Krakau 2 Delegierte aus Wien um über die Lage dieser Waisen zu konferieren. Möglicherweise werden diese Kinder in Wien noch eine Zeitlang bleiben dürfen, da es in Krakau stark an Einquartierungslokalen mangelt.

Krakau. Die Führer der westgalizischen Zionisten Dr. Thon, Dr. Wahrhaftig und Dr. Zimmermann sind von der jetzt in Krakau weilenden englisch-französischen Kommission empfangen worden. Man besprach die Lage der Juden in Polen.

Lemberg. Hier wurde das erste jüdische Gymnasium eröffnet.

— Der Misrachi-Verband und die Zionisten Galiziens leiteten eine Aktion zum Wiederaufbau der während der Lemberger Pogrome eingeäscherten Synagogen und Lehrhäuser ein.

Grabski gegen das Selbstbestimmungsrecht.

Krakau. Professor *Grabski* sprach als Delegierter des polnischen Nationalkomitees in Paris in einer hiesigen Versammlung. Er begründete die Notwendigkeit, Ostgalizien und Lemberg mit Waffengewalt zu erobern und zu behaupten, mit folgenden Worten: Wir müssen *die Friedenskonferenz vor Tatsachen stellen.* Nur Frankreich verlangt ein starkes Polen, während das doktrinäre Amerika auf dem Selbstbestimmungsrecht beharrt und uns daher die Gefahr droht, Ostgalizien zu verlieren.

(„Wr. Morgenzeitung“.)

Krakau. Kultuspräsident Dr. Landau teilt mit, dass die Aussichten Mehl für *Mazzen* zu bekommen leider *sehr gering* sind. Die Polnische Liquidationskommission hat zwar beigestimmt, dass die jüdische Gemeinde 12 Waggons Getreide für Mazzen erhalten solle. Man kann jedoch dieses Getreide in Galizien absolut nicht auftreiben. Um solches aus Polen beziehen zu können, bedürfe man einer besonderen Bewilligung der Warschauer Regierung. Ein Vorstandsmitglied begibt sich, mit den entsprechenden Vollmachten versehen, nach Warschau, um im Verein mit der dortigen Kultusgemeinde die Sache zu betreiben. Leider seien die Aussichten auf Erfolg sehr gering.

Ukraine.

— Wir erhielten vom Büro Ukrainien nachstehendes Telegramm: „Presszentra Zürich. Oberst Wade, offizieller Vertreter der Entente, zur Zeit in Galizien zwecks Erwirkung polnisch-ukrainischen Waffenstillstandes, rügte die judenfreundliche Haltung der Ukrainer, die angeblich ihre Bauern dem jüdischen Mittelstand ausliefern. Wades Haltung erklärt sich dadurch, dass er persönlich vollkommen unter polnischem Einfluss steht. Seine Frau ist eine Polin. Bureau Ukrainien.“

Budapest. Die Budapester Ukrainische Gesandtschaft überreichte, der zur Untersuchung der Pogrome in Polen, entsandten Pogromkommission, ein Memorandum, welches die in Lemberg begangenen Greueltaten ausführlich beschreibt und die Beantwortung, bezw. Untersuchung verschiedener Fragen fordert, von denen wir nur folgende mitteilen: Weshalb wurde das Standrecht nicht gleich mit dem Einzug der Polen am 22.

November eingeführt? Weshalb ist die Feuerwehr am Samstag oder Sonntag nicht in Aktion getreten? Weshalb hat die gesamte polnische Presse am Freitag und Samstag den Pogrom totgeschwiegen und erst am Sonntag eine kurze, nichtssagende Notiz gebracht? Weshalb haben die, angeblich von den Ukrainern entlassenen Sträflinge, während der Besetzung der Stadt durch die Ukrainer, keine Plünderungen verübt und weshalb haben diese Plünderuugen gleichzeitig mit dem Einzug der Polen begonnen? Wann hatten die Banditen Zeit sich zu organisieren und wer hat sie feldmarschmässig ausgerüstet? Wie konnte eine so geringe Zahl von Sträflingen in 48 Stunden eine Stadt derart verwüsten, plündern und niederbrennen? Was haben die polnischen Behörden am 22. und 23. Nov. unternommen, um diesen Plünderungen entgegenzutreten und die Bevölkerung zu schützen?

Kiew. Hier findet vom 2. bis 7. Februar die Landeskonferenz der Zionisten der Ukraine statt.

Litauen.

Kowno. In die städtische Selbstverwaltung wurden 22 Vertreter jüdischer Parteien gewählt, 9 Zionisten, 6 von der sehr links stehenden sozialdemokratischen jüdischen Partei „Der Bund", 4 von der Orthodoxie, 3 Parteilose.

—„L'homme libre" (Organ Clemenceau's) berichtet: Als Vertreter Litauens fungiert bei der Friedenskonferenz der Unterstaatssekrektär Dr. *Rosenbaum*, der besonders hervorhob, dass im litauischen Staatswesen vier Nationen gleichberechtigt nebeneinander leben und dass die Weissrussen, Litauer, *Juden* und Polen weiteste *nationale Autonomie* geniessen. Auf diesen Gebieten wären keine Konflikte zu befürchten.

— Der Warschauer „Kuryer Polski" schreibt: „In den von den Bolschewisten eroberten Städten und Städtchen Litauens wird die *ganze Bevölkerung*, Polen und Juden, ohne jeden Unterschied der Nationalität und Konfession vergewaltigt. Diese Meldung einer Zeitung, die dem Judentum ebenso fern steht, wie dem Bolschewismus, wirft ein charakteristisches Licht auf die Wahrhaftigkeit der antisemitischen Meldungen der polnischen Telegraphenagentur über das Verhältnis der Juden in Litauen zu den Bolschewisten.

Tschecho-slovakischer Staat.

Die Pogrome dauern an.

Unter diesem Titel berichtet die Prager „Selbstwehr", daß sich die Plünderungen in den böhmischen Orten ohne Unterbruch fortsetzen. Es dürfte bald nur sehr wenige böhmische Orte geben, in denen keine Ueberfälle stattgefunden hätten. Mit schönen Worten und Redensarten sei den Juden nicht geholfen. Diesen *unerhörten Zuständen* muss endlich mit aller Entschiedenheit und *ohne Verzug ein Ende gemacht werden.* Wir rufen der tschechischen Oeffentlichkeit und der Regierung zu: „Macht ein Ende bevor es zu spät ist.„

— Der Präsident *Masaryk* übermittelte dem Prager Jüdischen Nationalrat eine Depesche von Louis *Brandeis*, die er durch den in Paris weilenden Minister des Äussern *Benesch*, erhalten hatte und in welcher Brandeis dem tschecho-slowakischen Nationalrate zionistische Grüsse übermittelt und viel Glück bei seiner Arbeit für die Gleichberechtigung der tschecho-slowakischen Juden wünscht.

Deutsch-Oesterreich.

Wien. Der gemeinsame jüdische Hochschulausschuß veranstaltet hier am 23. und 24. Februar einen allgemeinen jüdischen Studententag, zu dem die jüdischnationalen Studentenvereine und -Verbindungen aller Länder eingeladen worden sind.

Wien. In einer Sitzung des Stadtrates wurde auf Antrag des Sozialisten Reumann beschlossen in einer öffentlichen Zuschrift vor dem Zuzug von Flüchtlingen nach Wien zu warnen. Von Repressivmassnahmen wird Umgang genommen. Doch soll der Passzwang für Reisen nach Wien eingeführt werden. Zur endgültigen Entscheidung soll die Angelegenheit dem Gemeinderat vorgelegt werden.

— *Wien.* Schon jetzt haben sich so viele jüdische Familien zur Uebersiedelung nach Palästina gemeldet, dass in Wien von zionistischer Seite ein eigenes Palästina-Amt gegründet worden ist. Auch die Wiener Orthodoxie geht entschlossen an die Palästina-Arbeit heran. Es ist zur Förderung der Besiedelung Palästinas eine Kommission eingesetzt worden, die mit den anderen orthodoxen Organisationen in Verbindung treten soll.

Die Poale-Zion gegen den religiösen Charaker der Gemeinden.

Die Poale Zion hat ihr Programm für die Umwandlung der jüdischen Kultus- und Religionsgemeinden in jüdische Volksgemeinden in ihrem in Wien erscheinenden Parteiblatt „Der jüdischer Arbeiter" formuliert. Es soll der religiöse Charakter bekämpft werden. Die religiösen Angelegenheiten sollen aus dem Programm der Gemeinden ausscheiden, sie dürfen nur Privatsache der einzelnen Gruppen werden, die Synagogenvereine gründen müssen. Die Auseinandersetzung enthält scharfe Angriffe gegen alle religiösen Angelegenheiten, die als überflüssig bezeichnet werden. Als Sprache der Gemeinde wird Jiddisch empfohlen.

Ungarn.

In *Osztopán* (Komitat Somogy) sind die Juden von den Ortsbewohnern vollständig ausgeplündert worden. (Zsidó Szemle.)

Budapest. „Pesti Hirlap" meldet: Die tschechischen Okkupationsbehörden haben in *Eperjes* den Oberrabbiner der dortigen orthodoxen Gemeinde B. *Fischer* verhaftet und als Geisel deportiert. Sein Aufenthalt ist unbekannt.

Gestörter Vortrag des Dr. Chajes.

Budapest. Auf Einladung der hiesigen Zionisten sollte der Wiener Rabbiner Dr. Chajes im grossen Redoutensaal ein Referat über aktuelle Judenfragen erstatten. Gleich nach Beginn der Rede drangen Soldaten

in den Saal ein und verlangten sofortige Unterbrechung des Referates, da bei den jetzigen Verhältnissen Referate religiöser Natur nicht gehalten werden dürfen. Um drohende Ruhestörung zu vermeiden, brach Dr. Chajes den Vortrag ab. Nach einem andern Berichte begründeten Sozialisten ihre Forderung auf Abbruch des Vortrages damit, dass die Antisemiten den Vortrag als Provokation betrachten könnten.

— Das „Jüdische Pressbureau Budapest„ meldet: „Eine mehrtausendköpfige Gruppe von Hochschülern und Soldaten begab sich zur Redaktion des „Egyenlösség“, welches Blatt das Kommen Dr. Chajes in gassenbüberischer Weise kommentiert hatte, und machte den Redakteur Szabolcsi aufmerksam, dass man das Erscheinen des Blattes unmöglich machen werde, falls er sich auch fürderhin noch Fälschungen, von welchen sein Blatt heute bewussterweise wimmelt, zuschulden kommen lassen werde.“

— Eine Abordnung des Budapester Hausregimentes erschien in der zionistischen Zentralkanzlei und erklärte, daß dessen jüdische Angehörigen korporativ dem Zionismus beizutreten wünschen, ersuchte um die Entsendung von Rednern zu einer in der Kaserne abzuhaltenden Versammlung und bat, man möge dahin wirken, dass Oberrabbiner Dr. Chajes an einem von ihnen zu veranstaltenden Meeting einen Vortrag halten möge.

— Die „Allgemeine Jüdische Zeitung“ Budapest, meldet: Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat der *Hunsdorfer Gaon* den ausdrücklichen Wunsch geäussert, dass sich die Hunsdorfer Gemeinde dem jüdischen Nationalrate anschliesse.

Auch das „Jüd. Pressbüro Bpest“ bestätigt obige Mitteilung hinzufügend ,dass der Hunsdorfer Gaon diesbezüglich bereits mit den berufenen Faktoren des oberungarischen Judentums in Fühlung getreten ist. (Als ehemaliger Schüler des Hunsdorfer Gaons erlaubt sich der Herausgeber der „J.P.Z.“ auf die Wichtigkeit dieser Meldung hinzuweisen. Sämtliche orthodoxen Rabbiner Ungarns dürften, die Richtigkeit dieser Nachricht vorausgesetzt, dem Schritte ihres grossen Führers folgen.)

England.

— Die grossen englisch-jüdischen, nichtzionistischen Organisationen haben einen Vertreter zur Berichterstattung über die Pogromgreuel nach Lemberg gesandt.

Neapel. Auf der Durchreise zur Londoner Zionistenkonferenz sind hier die Herren Carmozza, Fiorentina und Danon als Vertreter der Zionisten in Saloniki, mit dem Dampfer Montenegro angekommen.

(„La Tribuna“ Rom.)

Amerika.

New-York. (A.S.) 54 Bischöfe der protestantischen Episkopal-Kirche in den Vereinigten Staaten, sowie 14 in Kanada haben den Erzbischöfen in Canterbury und York eine telegraphische Petition gesandt, damit diese ihren Einfluss ausüben, dass die *syrischen Delegierten,* welche die Ansprüche der Christen für Wiederherstellung in Mesopotamien, Kurdestan, Persien und Palästina vertreten, an der Friedenskonferenz anerkannt werden.

— Dr. Bogen, ein Vertreter des jüdischen amerikanischen Hilfskomitees, traf in London ein. Er begibt sich im Auftrage des Hilfskomitees nach Paris zu Hover, wo er sich bemühen wird, die Bewilligung der Alliierten für die Zustellung von Nahrungsmitteln und Geldunterstützung an die Opfer der Pogrome zu erlangen. Dr. Bogen teilt mit, dass bei seiner Abreise bereits 700,000 Kr. nach Galizien überwiesen waren. Das Interesse der amerikanischen Judenheit für die heimgesuchte jüdische Bevölkerung Galiziens und Polens sei ausserordentlich stark.

— Wie wir in Nr. 6 unserer Mitteilungen berichteten, beabsichtigt der amerikanische Kongress durch die Zeit von 5 Jahren nach Abschluss des Krieges die Immigration nach den Vereinigten Staaten zu verbieten. Nun meldet der „Corriere della Sera“ auf Grund von Informationen der „Times“, dass das von der Arbeiterorganisation befürwortete, aber von der amerikanischen Regierung bekämpfte Einwanderungsverbot, wenig Aussicht habe, angenommen zu werden. Die Diskussion in der Kammer dürfte verschoben werden.

Palästina.

Noch keine Einwanderung nach Palästina.

Kopenhagen. Das Londoner Zionistische Büro wird mit Rücksicht auf die in allen Ländern, insbesondere den Ländern jüdischer Massensiedlung, immer mehr um sich greifende Auswanderungsbewegung nach Palästina, demnächst eine Erklärung veröffentlichen, welche genaue Angaben über die diesbezüglichen Möglichkeiten enthält. Bis dahin übernimmt die zionistische Organisation *keinerlei Verantwortung* für eine ohne Einvernehmen mit den zionistischen Stellen erfolgende Auswanderung. Es ist somit dringend anzuraten, dass eine vorzeitige Abreise von Gruppen oder Einzelpersonen aus ihren Wohnländern seitens der jüdischen Behörden *verhindert* wird.

— Laut Bericht von *Dr. Eder*, Mitglied der Palästinakommission, die kürzlich Nordpalästina besucht hat, haben die Türken bei ihrem Rückzuge die Kolonien *Chedera* und *Sichron Jacob* beraubt und ausgeplündert. Vieh und wirtschaftliche Einrichtungen wurden weggenommen. Im allgemeinen befinden sich die Kolonien in gutem Zustande, da die Engländer durch ihren raschen Vormarsch die Türken verhindert haben, alles zu zerstören.

Jaffa. Hier fand vor kurzem eine Konferenz der Vertreter des Misrachi aus Judäa statt, wo der Misrachi zirka 1000 Mitglieder zählt. Selbst in den offiziellen Kreisen der führenden Orthodoxie Jerusalems die früher den Misrachi heftig bekämpft hat, hat sich die Stimmung zu Gunsten des Misrachi geändert.

(„Allg. Jüd. Zeitg.“ Budapest)

Hygienisches aus Palästina.

— Dr. Arthur *Ruppin* teilt mit, dass die Schäden welche der jüdischen Bevölkerung Palästinas durch die endemischen Krankheiten des Landes, besonders durch

die Malaria zugefügt werden, ungeheuer sind. Eine durchgreifende Bekämpfung der Malaria ist nur dann möglich, wenn das ganze Land zu diesem Kampf einheitlich organisiert wird. Es ist nutzlos, in verschiedenen jüdischen Kolonien die Malaria zu bekämpfen und eventuell auszurotten, wenn von den benachbarten arabischen Dörfern fortgesetzt Leute in die Kolonien kommen, die von irgend einer Prophylaxe nichts wissen wollen und die Malaria wieder übertragen. Ausserdem bestand unter den Einwanderern bisher häufig kein Verständnis für systematische Malaria-Prophylaxe, und viele wohlgemeinte Massnahmen wurden durch dieses mangelhafte Verständnis durchkreuzt. Ähnlich verhält es sich auch mit den anderen in Palästina auftretenden Infektionskrankheiten, wie z, B. Bauchtyphus und Dysenterie.

Ausser unter den Infektionskrankheiten leidet die Gesundheit der Juden in Palästina auch darunter, dass in den Häusern der Juden, in ihrer Kleidung und Ernährung vieles zu wünschen übrig bleibt.

Nach dem Kriege muss unter allen Umständen in diesen Verhältnissen von Grund auf eine Reform einsetzen. Es muss eine oberste Sanitätsbehörde (Gesundheitsamt) für das ganze Land geschaffen werden, die u. a. folgende Aufgaben hätte: Assanierung aller in Betracht kommenden Ländereien in Palästina; Ausübung der obersten Bau- und Gesundheitspolizei in allen bewohnten Ortschaften, vor allem Kontrollierung des Trinkwassers und der Abwässerung. Da Palästina, in dem die Syphilis vor dem Kriege so gut wie unbekannt war, während des Krieges leider, wie viele andere Länder, luetisch verseucht wurde, so muss die zwangsweise Untersuchnng und Behandlung der luetisch verdächtigen Personen durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke wäre ein zentrales Wassermann'sches Institut zu gründen. Im Interesse der Volksgesundheit muss gefordert werden, dass die Heirat zwischen zwei Personen erst dann gestattet werde, wenn Braut und Bräutigam sich gegenseitig amtsärztliche Atteste über ihren Gesundheitszustand zugestellt haben. In jeder Kolonie ist auf Einrichtung und Erhaltung eines hygienischen Bades mit entsprechenden Desinfektionsapparaten für Bekleidung und Wäsche hinzuwirken und schliesslich hat die oberste Sanitätsbehörde durch Broschüren und Flugschriften überall Aufklärung über hygienische Massnahmen und über das Verhalten beim Auftreten von Epidemien zu verbreiten.

Schweiz.

Zur Weltkonferenz der religiösen Verbände.

Ausser den bereits gemeldeten Delegationen zur Weltkonferenz der religiösen Verbände, die am 18. Febr. in Zürich stattfinden soll, hat auch eine entsprechende Delegation der bestorganisierten Orthodoxie in *Ungarn* ihr Erscheinen zugesichert. Es ist begründete Aussicht vorhanden, dass eine ansehnliche Delegation der Thoratreuen aus *England* zur Konferenz kommen wird. Aus *Litauen, Ukraine* und *Russland* sind Delegationen bereits unterwegs. Wie wir erfahren ist die Zahl der angemeldeten Delegierten bereits auf über 100 gestiegen.

— Die Tagesordnung der Konferenz dürfte folgende sein. 1. Die jüdischen Forderungen auf den Friedenskongress. 2. Die Palästinafrage. 3. Die rechtliche Stellung der Juden in den Galuthländern. 4. Der Wiederaufbau der Jeschiwoth, Talmud-Thora und der anderen religiösen Institutionen in allen Ländern. 5. Die Weltorganisation der Orthodoxie nach dem Friedensschluss.

Konferenz jüdischer Nationalräte in der Schweiz.

Das „Jüdische Korrespondenzbüro Zürich“ teilt mit: Gegen den 20. Februar treten in der Schweiz Vertreter der jüdischen Nationalräte, die sich überall in den Ländern der ehemaligen Österreichisch-ungarischen Monarchie, in Polen, Russland und in der Ukraine gebildet haben, zusammen.

„La Suisse“ über die polnischen Pogrome.

In Nr. 8 unserer Mitteilungen brachten wir einen längeren Artikel der „La feuille de Genève“, worin „La Suisse“ und „Gazette de Lausanne“ der Vorwurf gemacht wurde, dass sie die Pogromanstifter in Schutz nehmen und sich mit den reaktionären polnischen Machthabern verbünden. Wir sind nun in der Lage festzustellen, dass „La Suisse“ in ihrer Nummer vom 23. Januar folgende überzeugungstreue redaktionelle Notiz veröffentlicht. „Contrairement a ce qui a été annoncé, il semble exact que des pogroms ont eu lieu en Pologne. C'est du moins ce qu'affirment plusieurs lettres reçues par nous ces derniers jours.“

— Auf Anregung der Gruppe „Paolé-Zian“ hat sich in Genf eine Gesellschaft jüdischer Pioniere für Palästina (Hechaloutz) gegründet. Diese Gesellschaft, welche ihre Mitglieder mit der hebräischen Sprache und den Lebensverhältnissen in Palästina vertraut macht, hat die Statuten der gleichartigen in Amerika existierenden Gesellschaft, deren Mitgliederzahl 5,000 übersteigt, angenommen. (La Feuille de Genève.)

— Für die Pogromgeschädigten in Galizien sind bis jetzt von der Agudas Jisroel Organisation in der Schweiz über 40 000 Kronen abgeschickt worden.

Verlags-Notizen.

— Die ,,Ligue des Amis du Sionisme“ gibt in Paris eine Broschüre, betitelt „Une Renaissance Juive en Judea“ von Silvain Levi, Professor am Collège de France und versehen mit einem Vorwort des Kommissärs der französischen Regierung in Palästina George Picot, heraus.

Von dem bekannten jüdischen Denker Jakob Klatzkin ist soeben im jüdischen Verlag in Berlin ein neues Werk betitelt „Probleme des modernen Judentums“ erschienen. Inhalt: Irrwege eines nationalen Instinkts — Die Existenzfragen des modernen Judentums — Palästina als nationales Zentrum — Die nationale Rechtslage des Galuth — Aufgaben des Unterwegs — Die heroische Existenzform — Die zionistische Zuversicht. Preis Fr. 7.—.

— Zum 25. Jubiläum des jüdischen Dramatikers David *Pinski* erscheinen in New-York 5 Bände seiner Dramen, darunter einiger veröffentlicher.

Abraham Reisens sämtliche Werke, 12 Bände, sind soeben erschienen.

Im Verlag Jiddisch ist eine in sehr volkstümlichen Jiddisch gehaltene 8 bändige Heine-Übersetzung erschienen.

Der bekannte Poale-Zionist Dr. Max Rosenfeld behandelt in einer umfangreichen Schrift „Die polnische Judenfrage“ dieses jetzt so aktuelle Thema ausführlich und erschöpfend.

„Altes und Neues zur jüdischen Bewegung.“ Unter diesem Titel ist soeben ein Katalog der Buchhandlung R. Löwit, Wien erschienen.

Im Verlag „Arzenu“ Zürich ist soeben die Broschüre „Was will Agudas Jisroel?“ von Wolf S. Jacobson erschienen. In Druck befindet sich eine Arbeit [von Rabbiner Dr. A. Cohn, Basel: „Die Forderung des Tages.“

Die „J.P.Z.“ ist eine Privatagentur — Die Mitteilungen der „J.P.Z.“ erscheinen unperiodisch — Druck von Kopp-Tanner, Zürich